65. Jahrgang. № 249. Montag, 30. Mai 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Bau- u. Verkäufe 25 %, Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

14 Ringstraße Königsdiele Ringstraße 14
Vornehmes Restaurant

Konditorei Limberg
Dresden, Prager Straße 10
Eis — Eisgetränke — Kaffeegebäck

Kronen Lampen
Antiquitäten
Kretzschmar, Bösenberg & Co.
5 Serrestraße 5 (Nähe Pirnaischer Platz)

Reichskanzler Wirth über Oberschlesien.

Eine gewaltige Kundgebung in Berlin.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. Mai. Die von den vereinigten Verbänden der heimattreuen Oberschlesier heute nachmittag veranstaltete Kundgebung, an der alle beide Parteien ohne Ausnahme teilnahmen, gestaltete sich überaus imposant. Es nahmen etwa 110–120 000 Personen teil, um einmütig gegen den polnischen Terror und die Tatenlosigkeit der Alliierten zu protestieren. Die Redner verurteilten ohne Unterschied der Partei in schärfster Weise die in Oberschlesien herrschenden Zustände. Erschütternde Berichte gaben die aus Breslau, Kattowitz, Oppeln usw. erschienenen Gewerkschaftsführer der sozialdemokratischen und unabhängigen Partei, und selbst die oberschlesischen Kommunisten, die ebenfalls nach Berlin gekommen waren, um für die Unteilbarkeit Oberschlesiens zu sprechen, verurteilten das Vorgehen der Polen und der Entente in einer Art und Weise, wie man es von den Angehörigen dieser Partei noch nie vernommen hatte.

Im Lustgarten, auf dem Schloßplatze, sowie am Kaiser-Wilhelm-Denkmal wurden an etwa 40 bis 50 Stellen Ansprachen gehalten. Unter den Rednern befanden sich u. a. die Abgeordneten Dr. Stresemann, Deutsche Volkspartei, Pfarrer Koch, Deutschnationale Volkspartei, Dr. Marcetzky, Deutsche Volkspartei, Regierungspräsident Pohlmann, Deutschdemokratische Partei, die Zentrumsabgeordneten Dr. Eicher und Dr. Fleischer, der Führer der christlichen Gewerkschaften Baltrusch, Gleichauf vom Gewerkschaftsring des Arbeiterangestellten- und Beamtenverbandes, ferner Reichsminister a. D. Gothein, Abgeordneter Hollmann, Volkspartei u. a.

Gegen 3½ Uhr sammelten sich an sechs Stellen die Mitglieder der vereinigten Verbände der heimattreuen Oberschlesier. Zu Zehntausenden trat man sich in den einzelnen Stadtteilen und kurz vor 4 Uhr setzten sich endlose Züge, denen Musikkapellen vorantrugen, nach dem Zentrum der Stadt in Bewegung. Autos mit Anschriften „Oberschlesien den Deutschen" und „unteilbar" fuhren voraus. Flugzeuge kreisten über den Straßen und warfen zu Hunderttausenden Aufrufe ab, in denen zum Protest gegen die Vergewaltigung deutschen Landes aufgefordert wurde. Die einzelnen Züge führten Tausende von Plakaten mit sich, in denen je nach der Partei mehr oder weniger leidenschaftlich gegen die drohende Zerstückelung Oberschlesiens protestiert wurde. Infolge ungeheurer Beteiligung mußten in aller Eile noch Rednertribünen auf der Schloßterrasse und am Denkmal errichtet werden. Die letzten ankommenden Züge konnten im Lustgarten selbst keinen Platz finden und mußten auf dem Schloßplatz Aufstellung nehmen. Erst nach 6 Uhr, nachdem außer den offiziellen noch zahlreiche Redner aus dem Stegreif Ansprachen gehalten hatten, löste sich die gewaltige Kundgebung auf. Die Teilnehmer zogen wieder in Zügen geschlossen in die einzelnen Stadtviertel zurück, wo sie in Ruhe auseinandergingen. Während der Ansprachen kam es mehrfach zu kleinen Zwischenfällen. Politische Störenfriede, die offenbar einheitlich geleitet an den verschiedensten Stellen für Unruhe einzutreten versuchten, wurden Schutzpolizisten zur Feststellung ihrer Personalien übergeben.

Im Anschluß an die Kundgebung begab sich eine Abordnung von Oberschlesiern in die Reichskanzlei, wo sie vom Reichskanzler Wirth im Beisein des Reichsministers des Auswärtigen Roloff empfangen wurde. Die Führer der Delegation überreichten dem Reichskanzler die im Lustgarten gefaßte Entschließung.

Der Reichskanzler

antwortete: Sie dürfen überzeugt sein, daß das ganze deutsche Volk das Ringen des oberschlesischen Volkes nicht nur, wie man landläufig sagt, mit Interesse verfolgt, sondern die Ereignisse in Oberschlesien geradezu mit wehem Herzen tief ergriffen hinnimmt. Ich habe mich von dieser

Bewegung des deutschen Volkes, die eine wahre Volksbewegung ist,

auf meiner Reise in Süddeutschland überzeugen können, wo ich überall gefragt worden bin: Glauben Sie, Herr Reichskanzler, daß dem oberschlesischen Volke das Recht zuteil wird, auf das es wirklich Anspruch erheben kann? Ich bin deshalb auch von Dank und Freude erfüllt über die gewaltige Kundgebung, die Sie im Lustgarten zusammengeführt hat, um für das gute deutsche Recht, für dieses alte deutsche Land Ihre Stimme zu erheben und mit Nachdruck Einspruch einzulegen gegen die Vergewaltigung, die unsere Volksgenossen von den polnischen Insurgenten zu erdulden haben.

Heute möchte ich in Kürze nur das eine zu Ihnen sagen: Nach den Wünschen der Polen ist das Abstimmungsgebiet Oberschlesiens aus der Provinz Oberschlesien herausgeschnitten worden, weil sie glaubten, bei der Abstimmung in diesem

willkürlich abgetrennten Teile

einer Mehrheit sicher zu sein. Auf polnische Initiative hin, ist ferner den nicht in Oberschlesien wohnhaften Abstimmungsberechtigten seinerzeit das Stimmrecht zuerkannt worden. Hinterher freilich, als die Polen sahen, daß diese Karte gegen sie schlagen würde, wollten sie sie für ungültig erklären. Das ist das Gegenteil von jenem fair play, das in diesen Wochen von hervorragender Stelle in England für Oberschlesien verlangt worden war. Die Bevölkerung hat sich mit fast drei Viertel Millionen für Deutschland erklärt. Viele auch von Ihnen, meine Herren, haben mit dazu beigetragen, daß der 20. März ein Ehrentag für Oberschlesien und ein Ehrentag für das gesamte deutsche Volk geworden ist, trotz des von den Polen vor und bei der Wahl ausgeübten unerhörten Terrors.

Die vor aller Welt offenkundige Aussprache des oberschlesischen Volkes für Deutschland gegen Polen läßt sich durch nichts fortdiktieren und durch nichts fortdiskutieren. Sie haben vieles verloren in Deutschland: Deutsches Land, deutsche Stammesgenossen in Ost und West, die Waffen, Schiffe, Gold und Geld, aber die Liebe, die Liebe insbesondere zur engeren Heimat, zu dem Lande, wo man seine Jugend verlebt hat, lassen wir uns nicht nehmen und so lange sich diese Liebe so bewährt, wie sie von allen Oberschlesiern in Oberschlesien und im übrigen Deutschland zum Ausdruck gekommen ist, so lange dürfen wir hoffen, daß es mit unserm Vaterland wieder aufwärts gehen wird.

Oberschlesien hat sich für Deutschland erklärt, und zwar aus sämtlichen Schichten der Bevölkerung ist die Mehrheit auf Deutschland gefallen. Die von mancher Seite aufgestellte Behauptung, die Arbeiterschaft hätte sich für Polen erklärt, steht in schroffstem Widerspruch zu den Tatsachen. Hunderttausende und aber Hunderttausende von Arbeitern sind für Deutschland eingetreten. Das eine ist aber richtig, und das hat bald nach der Abstimmung ein großes englisches Blatt als bezeichnend hervorgehoben: Unter den für Deutschland abgegebenen Stimmen befinden sich vorwiegend die Stimmen der geschulten und damit leistungsfähigen Arbeiter.

Gerade die gesamte hochstehende Arbeiterschaft hat für Deutschland gestimmt,

und ich füge hinzu: Je größer der Stamm deutscher gesinnter und leistungsfähiger Arbeiter ist, desto rascher wird Deutschland, und damit ganz Europa, von den schweren Wunden genesen, die ihm der Weltkrieg geschlagen hat. Das ist eine Lebensfrage Europas. Deshalb sollte gerade die Haltung der geschulten Arbeiter Oberschlesiens den Männern, denen die Entscheidung obliegt, als Fingerzeig gelten. Und ich sage weiter: Eine Welt, in der die Tüchtigkeit des Arbeiters als ein Grund zu politischer Minderbewertung und damit als ein Makel gelten würde, eine solche Welt wäre eine verkehrte Welt.

Der jetzige Aufstand und seine blutigen Folgen können uns unser gutes Recht nicht nehmen.

Sie empfinden aufs tiefste die unsäglichen Leiden, die das oberschlesische Volk durchmacht. Seien Sie überzeugt, daß nichts, was in unserer Macht steht, unterlassen wird, was zur Beseitigung der korfantyschen Diktatur führen und die gesetzmäßige Wiederherstellung der Ordnung gewährleisten kann.

Wenn die Polen geglaubt haben, die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen, so haben sie sich getäuscht.

Es wäre auch der Gipfel der Ungerechtigkeit, wenn aus brutaler Gewalt ein Recht gebildet werden könnte.

Verehrte Herren! Oberschlesien ist ein deutsches Land, deutsch ist seine Kultur, sein soziales Leben, sein Empfinden und seine Wirtschaft. Nur mit Deutschland vereint, kann es blühen und gedeihen. Unser ist — und das betonen wir immer wieder, indem wir hinweisen auf das demokratische Leben in Europa — die Stimmenmehrheit, unser das Recht, unser die Gerechtigkeit. Und so lassen Sie uns hoffen, daß diese Waffen, auf die wir hinweisen, die Wahrheit und das Recht, sich schließlich stärker und siegreicher erweisen werden, als die Maschinengewehre und Bomben fanatisierter und irregeleiteter Aufständischer. (wib.)

Der Plan zur Teilung Oberschlesiens.

London, 28. Mai. Der englische Vorschlag, in Oberschlesien drei Zonen zu schaffen, die von den Polen, den Deutschen und den Alliierten besetzt werden sollen, ist nunmehr der Botschafterkonferenz von den englischen und italienischen Vertretern in der Interalliierten Plebiszitkommission förmlich unterbreitet worden. Obgleich General Lerond davon Abstand genommen hat, sich dem Vorschlag anzuschließen, so besteht doch die Hoffnung, daß die französische Regierung den Festsetzungen des Vorschlages in Berücksichtigung der Tatsache zustimmen wird, daß die mit dem Vorschlag verbundene Regelung nur vorübergehender Natur ist, zum Zwecke der Lösung der Schwierigkeit, in einem so großen Gebiet die Ordnung aufrechtzuerhalten. Dem Verluchmen nach begünstigen die Italiener den Plan.

Paris, 29. Mai. Wie Havas mitteilt, wird in der Note, die die französische Regierung gestern dem Foreign Office über die oberschlesische Frage überreichte, bemerkt, daß, während die Polen den Vorstellungen entsprochen hätten, die Deutschen ihre Operationen fortsetzten (!). Briand glaube deshalb, daß es vorzuziehen sei, bevor man die Frage regele, zu warten, bis die Ruhe wieder hergestellt sei und die englischen Soldaten in Oberschlesien angekommen seien. Briand glaube ferner, daß, da die alliierten Oberkommissare sich nicht hätten auf einen Bericht einigen können, es besser sei, die Prüfung der Frage der Aufteilung einer besonderen Kommission von Juristen, Diplomaten und Militärs anzuvertrauen. Der Oberste Rat werde dann die Frage prüfen, wenn diese Kommission ihre Vorarbeiten beendet habe. (W. T. B.)

Eine englische Division für Oberschlesien.

London, 28. Mai. Der Berliner Vertreter von Reuters Bureau meldet: Eine ganze britische Division wird umgehend nach Oberschlesien abgehen. Sie wird unter dem Kommando des Divisionsgenerals Heuniker stehen, der sich im Kriege sehr ausgezeichnet hat.

Die Schlußverhandlung des zweiten Kriegsbeschuldigtenprozesses.

Sehr günstig für den Angeklagten sind auch die Angaben der Zeugen Maurer Böhm aus Haldenbergen, der eine Anzahl Angaben englischer Zeugen als unrichtig bezeichnet, Steuerassistent Seip, Darmstadt und Milchhändler Benter, Gelsenkirchen. Mit Kaufmann Schubert, Berlin, ist die Zeugenvernehmung beendet. Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß eine Reihe von Beschuldigungen, die gegen den Angeklagten erhoben sind, auch gegen ihn erhoben werden und daß er deshalb nicht vereidigt werde. Seine Aussagen sind höchst zurückhaltend, er kann sich auf das meiste nicht mehr entsinnen.

Von den beiden militärischen Sachverständigen spricht zunächst Exzellenz **von Kuhl**, General a. D.: Mit Rücksicht auf die allgemeine und örtliche Kriegslage im April und Mai 1918 — erst Offensive, dann Stellungskrieg — konnten die Verhältnisse im Lager nicht besser sein, sie waren an der Front genau ebenso, und muß man staunen, daß es dem Angeklagten gelungen ist, in verhältnismäßig kurzer Zeit verhältnismäßig erträgliche Zustände zu schaffen. Den an ihn herangebrachten Klagen konnte er gar nicht Abhilfe schaffen, auch nicht in sanitärer Hinsicht. Schärfste Ordnung mußte verlangt werden und es war bei einem Gefangenenlager unmittelbar hinter der Front sehr gefährlich, wenn sich auch nur leise Anfänge von Meuterei zeigten. Den geringsten Spuren mußte mit der größten Energie entgegengetreten werden. General **von Bomsdorf**: Es ist doch manches von den Anschuldigungen gegen den Angeklagten übrig geblieben, was vom militärischen Standpunkte aus verurteilt werden muß. Es kann vom militärischen Standpunkte aus keineswegs gebilligt oder auch nur entschuldigt werden, wenn Kranke geprügelt oder geschlagen und Gefangene trotz des Verbotes an den Pfahl gebunden werden. Der Angeklagte hat ohne Rücksicht auf sich selbst seine Gesundheit geradezu aufgeopfert, um alles für das Lager zu tun, was menschenmöglich war; er hat auch das höchste Lob seiner Vorgesetzten erhalten. Er hat Tag und Nacht gearbeitet. Er hat das Gefühlt gehabt, daß vielfach Krankheiten nur simuliert würden, daß es an gutem Willen zur Arbeit fehle. Das beweist auch der Umstand, daß er hinsichtlich der angeblichen Meuterei zu schwarz gesehen hat. So wurde er scharf und schroff, wo er mit anderen Mitteln auch ausgekommen wäre. Hinzu kommt die unverkennbare krankhafte Erregung, in der er sich befunden hat. Nicht quälen und mißhandeln wollte er. Leitstern für sein Handeln war seine Pflicht, in der Wahl der Mittel, sie zu erfüllen, hat er nicht das richtige Maß gehalten. — Der Angeklagte gibt, heftig, bis zu Tränen bewegt, dies zu und bittet um eine milde Beurteilung.

In der Nachmittagssitzung ergriff der Oberreichsanwalt das Wort und plädierte für ein Jahr, drei Monate Gefängnis. Ohne weiteres müsse alles das ausscheiden, wofür der Angeklagte nicht verantwortlich gemacht werden könne, die schlechte Verpflegung und Unterkunft, die mangelhafte sanitäre Einrichtung, die Grippe- und Ruhrepidemie usw. Oberreichsanwalt bezweifle nicht, daß die ausländische und leider wahrscheinlich auch ein Teil der inländischen Presse diese Gelegenheit wieder benutzen werde, um in die Welt hinauszupposaunen, mit welcher Barbarei und Brutalität die Deutschen ihre Gefangenen an Hunger, Elend und Ungeziefer haben zugrunde gehen lassen. Er halte sich aber für verpflichtet, dieser Legendenbildung schon jetzt vorzubeugen. Die Verhältnisse seien stärker gewesen als die Menschen. Die ganze Kampflage habe es unmöglich gemacht, mehr für die Gefangenen zu tun, als für sie getan wurde, namentlich durch den Angeklagten, der mit größtem Eifer und anerkennenswerter Aufopferung für sie gesorgt habe. Wenn den Gefangenen gebrannte Gerste als Kaffee zu gering gewesen sei, so möchten sie bedenken, daß wir in Deutschland jahrelang nichts anderes getrunken haben. Die Gefangenen hätten täglich 100 Gramm Fleisch bekommen, während wir uns mit 125 Gramm in der Woche begnügen mußten. Mehr habe man nicht tun können, wo nichts sei, habe der Kaiser das Recht verloren. Die Leute hätten alles bekommen, was regelmäßig eingeteiltert wurde. Es sei direkt in die Küche in die Hände der englischen Köche gegangen und wenn diese immer dicker, die Gefangenen immer dünner wurden, so hätten die letzteren sich dafür bei den ersteren zu bedanken. In Flavy le Martel hätten erste deutsche Gefangene unter einem englischen Kommandanten gelegen. Damals seien die Verhältnisse nicht um ein Haar besser gewesen. Es hat ebenfalls Grippe und Ruhr geherrscht und als das Lager in deutsche Hände gelangt sei, sei der Boden vollkommen mit Ruhr verseucht gewesen.

Könne man also hier dem Angeklagten weit entgegenkommen, so sei es nicht möglich, hinsichtlich der Mißhandlungen, Beleidigungen und Zuwiderhandlungen gegen die militärischen Vorschriften seien in einer ganzen Reihe von Fällen erwiesen. Wenn der Gerichtshof aber auf Festungshaft erkennen wolle, so wolle er dem nicht entgegen sein. Der 1. Verteidiger, Rechtsanwalt **Windmüller**, Hamburg, wies in der Hauptsache auf die in hohem Maße auffallenden zahlreichen Widersprüche in den Aussagen, namentlich der englischen Zeugen, hin. Der 2. Verteidiger Justizrat **Dr. Süßle**, Leipzig, plädierte für Festungshaft nicht über sechs Monate. Er führte u. a. mit erhobener Stimme aus: Die Engländer könnten sich für die schlechter Verpflegung in erster Linie bei ihren eigenen Landsleuten bedanken, die die Blockade über Deutschland verhängt hätten. Ganz Deutschland hätte